



Parteiprogramm der
Mitte Links-CSP Freiburg
für die Legislatur
2019-2023

Inhaltsverzeichnis

1.	Eine gerechtere Gesellschaft	5
1.1	<i>Faire Lebensgrundlagen.....</i>	<i>5</i>
1.2	<i>Tragfähige Netze.....</i>	<i>6</i>
1.2.1	Die AHV zur Sicherung des Existenzbedarf trotz alternder Bevölkerung	6
1.2.2	Mehr Transparenz und Gerechtigkeit in der beruflichen Vorsorge.....	6
1.2.3	Die Invalidenversicherung muss die Arbeitgeber in die Pflicht nehmen.....	7
1.2.4	Arbeitslosenversicherung modernisieren.....	8
1.2.5	Kein Abbau bei der Unfallversicherung	8
1.3	<i>Gesund sein.....</i>	<i>8</i>
1.4	<i>Familienpolitik.....</i>	<i>9</i>
2.	Unsere Erde müssen wir schützen, jetzt mehr denn je	10
2.1	<i>Ökologie als Lösung.....</i>	<i>10</i>
2.2	<i>Klima</i>	<i>10</i>
2.3	<i>Energie.....</i>	<i>10</i>
2.3.1	Energie sparen	10
2.3.2	Beschleunigung beim Gebrauch von erneuerbaren Energien	11
2.3.3	Die Auswirkungen aus dem definiten Ausstieg aus der Kernenergie wahrnehmen	11
2.4	<i>Mobilität</i>	<i>11</i>
2.5	<i>Natürliche Ressourcen.....</i>	<i>12</i>
2.5.1	Siedlungsflächen begrenzen.....	12
2.5.2	Wasser – ein Gut für alle.....	13
2.6	<i>Die Lebenden schützen.....</i>	<i>13</i>
3.	Lebensperspektiven – Lernen und Arbeiten.....	14
3.1	<i>Eine Volksschule für alle</i>	<i>14</i>
3.2	<i>Berufsbildung – Lehrstellen sichern den Einstieg in die Berufswelt.....</i>	<i>14</i>
3.3	<i>Sichere Arbeitsplätze.....</i>	<i>15</i>
3.4	<i>Gerechte Löhne.....</i>	<i>15</i>
3.5	<i>Weiterbildung und höhere Bildung für alle.....</i>	<i>16</i>
4.	Wege in die Zukunft	17
4.1	<i>Gerechte Steuern</i>	<i>17</i>
4.1.1	Kein exzessiver Steuerwettbewerb der Kantone.....	17
4.1.2	Zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung.....	17

4.2	<i>Grundversorgung für alle</i>	17
4.3	<i>Innere Sicherheit</i>	18
4.4	<i>Stärkere Institutionen für eine lebendigere Demokratie</i>	18
5.	Frieden und gemeinsame Existenz	19
5.1	<i>Beziehungen zur Europäischen Union</i>	19
5.2	<i>Migration und Integration</i>	19
5.3	<i>Glaubensfreiheit, Extremismus und Fundamentalismus</i>	20
5.4	<i>Einsatz für den Frieden</i>	20
5.5	<i>Weltansicht</i>	21
5.6	<i>Sterben in Würde</i>	21

Unabhängig statt gekauft

Unsere Partei stand von jeher für Unabhängigkeit - die Kantonalpartei des Kantons Jura hat das i für „indépendant“ sogar ganz bewusst im Namen behalten.

Die **Mitte Links-CSP Freiburg (ML-CSP)** bekommt keine grosszügigen Zuwendungen von Banken, Versicherungen, Krankenkassen und anderen Institutionen. Wir vertreten die Interessen von Menschen, die kein Geld in die Verteidigung ihrer Partikularinteressen investieren (und dann auch noch von den Steuern abziehen) können. Uns fehlen daher des Öfteren die finanziellen Mittel, um in den Medien so präsent zu sein, wie wir es gerne möchten.

Aber dafür schreibt uns auch niemand vor, was wir zu tun und zu lassen haben. Wir müssen keine Rücksicht nehmen auf die Interessen von Geld- und Auftraggebern, sondern können die uns wichtigen Werte und Anliegen geradlinig und konsequent verteidigen.

Diese Unabhängigkeit ist uns wichtig – ihretwegen verzichten wir gerne auf eine finanzielle Besserstellung.

Solidarisch statt rassistisch

Soziale Gerechtigkeit ohne Solidarität ist ein Ding der Unmöglichkeit. Die Besserstellung von Familien sowie wirtschaftlich und sozial Benachteiligter erfordert ein hohes Mass an Solidarität - innerhalb unserer Gesellschaft, innerhalb unseres Landes, aber auch grenzüberschreitend. Die Solidarität ist der Zement, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Der noch vor Kurzem hochgelobte Neoliberalismus wurde als egoistischer Opportunismus entlarvt, der drauf und dran ist, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land ernsthaft und dauerhaft zu stören.

Wir wehren uns auch dagegen, Ängsten und Sorgen der Bevölkerung mit populistischen Scheinlösungen zu begegnen. Es ist nicht unsere Art, aus wahltaktischen Überlegungen Mitmenschen schlecht zu machen und zu marginalisieren.

Selbst wenn wir in gewissen Kreisen damit auf Unverständnis stossen - wir werden nie mit den Wölfen heulen.

Engagiert für mehr Klimaschutz; umweltbewusst statt verschwenderisch

Der ökologische Fussabdruck der Schweiz ist eindeutig zu hoch - von einer nachhaltigen Entwicklung sind wir leider meilenweit entfernt! Wir müssen unsere Ansprüche umweltverträglicher befriedigen, unseren Verbrauch an Ressourcen reduzieren. Wir stellen uns der Herausforderung, unsere postindustrielle, ressourcenverschwendende Lebensweise zu hinterfragen – Gesundshrumpfung und qualitatives Wachstum sind für die **ML-CSP** keine leeren Schlagworte, sondern glaubhafte Alternativen zum blinden Wachstumsglauben.

Sophie Tritten
Philippe Wandeler
Co-Präsidenten

1. Eine gerechtere Gesellschaft

1.1 Faire Lebensgrundlagen

Wer sich persönlich sicher fühlt, ist offen für Neues und bereit, sich neuen Herausforderungen zu stellen. Wer sich ängstigt und unsicher fühlt, ist vorab damit beschäftigt, seine Angst zu besiegen und für seine persönliche Sicherheit zu sorgen. Unter diesen Voraussetzungen ist es nach Ansicht der **ML-CSP** wichtig, dem Einzelnen die Existenzsicherung durch den Staat zu garantieren. Dies gilt für alle Generationen und für die Menschen aller Nationalitäten, die sich rechtmässig in der Schweiz aufhalten. Dazu gehört neben der Sicherung des Existenzminimums auch die Sicherstellung der Sozialwerke und die Bezahlung existenzsichernder Löhne. Zur persönlichen Sicherheit gehört aber auch das angstfreie Leben in Familie und Partnerschaft. Die hohe Anzahl von Gewaltdelikten in diesem Bereich ist ein Indiz dafür, dass die Präventionsbemühungen hier noch zu wenig greifen und deshalb ausgebaut werden müssen.

Die Schweiz hat ein Verteilungsproblem: Reiche, die immer reicher werden auf der einen Seite, Zunahme von neuer Armut und Working Poor auf der anderen Seite. In der Schweiz leben 8,5% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze von 2'200 Franken. Davon sind in erster Linie kinderreiche Familien, allein erziehende Elternteile, Arbeitslose, selbständig Erwerbende, sowie schlecht ausgebildete oder ältere Menschen betroffen. Die regionalen Unterschiede sind gross: im Tessin gibt es doppelt so viele Familien mit kleinem Einkommen wie im Kanton Zürich. In der Schweiz gibt je nach Schätzung rund 250'000 Personen, welche von ihrem Arbeitseinkommen nicht leben können. Über 300'000 Personen sind auf Sozialhilfe angewiesen.

Der Gegensatz zwischen Arm und Reich hat sich in den letzten 15 Jahren noch verstärkt. Zwar konnte beispielsweise über Mindestlohnkampagnen auf dem Arbeitsmarkt bei den Tiefstlöhnen eine Verbesserung erreicht werden. Doch wurden diese Erfolge bei der Armutsbekämpfung durch die staatliche Steuer- bzw. Einnahmenpolitik durchkreuzt. Dazu kommt, dass die Konjunkturschwäche deutliche Spuren hinterlassen hat.

Auch der Wohnungsmarkt ist ein Abbild der sozialen Gegensätze in unserem Land: finanziell nicht auf Rosen gebettete Menschen (wie z.B. junge Leute, kinderreiche und/oder monoparentale Familien) finden kaum ihren Bedürfnissen und finanziellen Möglichkeiten angepasste Wohnungen. Bund und Kantone dürfen den sozialen Wohnungsbau nicht aufgeben oder auf karitative Organisationen abschieben, sondern müssen dafür sorgen, dass auch für weniger bemittelte BürgerInnen genügend und qualitativ hochwertiger Wohnraum zur Verfügung steht.

Die **ML-CSP** fordert: Bund und Kantone müssen alljährlich Rechenschaft darüber geben, was sie zur Bekämpfung der Armut unternehmen. Die Sozialhilfe soll nach landesweit einheitlichen Grundsätzen festgelegt werden. Bund, Kantone und Wirtschaft sollen die Bildung von Sozialfirmen fördern. Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr vermittelbar sind, finden so Arbeit und soziale Integration.

1.2 Tragfähige Netze

1.2.1 Die AHV zur Sicherung des Existenzbedarf trotz alternder Bevölkerung

Die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) ist unsere obligatorische Rentenversicherung. Sie bildet die erste – staatliche – Säule des schweizerischen Dreisäulensystems und dient der Sicherung des Existenzbedarfs. Die AHV hat den Charakter eines existenzsichernden Solidaritätswerks und das muss auch in Zukunft so bleiben.

Die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) hat im Jahr 2017 Leistungen in der Höhe von 43,3 Milliarden Franken ausgezahlt. Die 2,3 Millionen RentnerInnen erhielten im Durchschnitt eine monatliche Rente von 1850 für die Altersrente und 1595 Franken für die Witwenrente, Rentner von 2023 Franken. Ehepaare, bei denen beide Partner rentenberechtigt waren, erhielten im Schnitt gesamthaft 3359 Franken. 87,6% dieser Renten waren plafoniert. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Zahl der AHV-Rentner um 1% zu (+39'395).

Die Gesamteinnahmen der AHV von 44,4 Milliarden Franken speisen sich zu mehr als 70% aus den Beiträgen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern (31,2 Milliarden Franken). Die Eidgenossenschaft als zweite bedeutende Finanzierungsquelle steuerte 10,9 Milliarden Franken (24,5% der Einnahmen) bei. Das Mehrwertsteuerprozent zugunsten der AHV erbrachte einen Betrag von 2,6 Milliarden Franken.

Die AHV ist in hohem Mass von der demografischen Entwicklung abhängig. Heute kommen weniger als vier Personen im erwerbsfähigen Alter auf eine Person im Rentenalter. In 40 Jahren werden es dann nur noch zwei Personen sein. Eine Finanzierung der AHV über zusätzliche Lohnprozente kann nicht mehr als sozial gerecht bezeichnet werden und soll daher nicht in Betracht gezogen werden. Die langfristige Finanzierung der AHV soll über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer-Prozente, über die Einführung einer Luxussteuer oder allenfalls über die Besteuerung von Finanztransaktionen abgedeckt werden. In Hinsicht auf eine pragmatische Lösung, die die Erarbeitung einer ausgewogenen AHV-Reform ermöglichen soll, unterstützt unsere Partei das sogenannte „StaF“-Paket.

Die **ML-CSP** bedauert die Ablehnung der Reform der Altersvorsorge 2020 (AV2020): tatsächlich muss jede Reform aufgrund einer Gesamtsicht der Altersvorsorge erarbeitet werden. Mit der gleichzeitigen Reform der 1. und der 2. Säule, wird vor allem eine Gesamtschau gewährleistet und die Diskussion über das Gleichgewicht zwischen AHV und BVG ermöglicht. Die **ML-CSP** lehnt eine Vereinheitlichung des Rentenalters zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab, denn Frauen bleiben in der Altersvorsorge weiterhin benachteiligt.

Das flexible Rentenalter für alle muss realisiert werden. Auch bescheiden verdienende Personen sollen im Bedarfsfall vor dem ordentlichen Rentenalter ohne einschneidende Kürzungen in Pension gehen können.

1.2.2 Mehr Transparenz und Gerechtigkeit in der beruflichen Vorsorge

Die berufliche Vorsorge (BV) ist als 2. Säule Bestandteil der verfassungsmässigen Drei-Säulen-Konzeption. Sie ergänzt die erste Säule (AHV/IV) und soll die «Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung ermöglichen». 1985 trat das BVG und damit das Obligatorium der

beruflichen Vorsorge in Kraft. Ein grosser Teil der BV steht jedoch weiterhin ausserhalb des Obligatoriums.

In der beruflichen Vorsorge geht es um viel Geld: Ende 2017 betrug das Finanzkapital der BV zirka 850 Milliarden Franken! Bedeutende Kapitalreserven, welche mit der BV zusammenhängen, befinden sich ausserdem bei den Privatversicherern, sind durch Freizügigkeitskonti und -policen gebunden und werden im Rahmen der Wohneigentumsförderung von den Versicherten selbst angelegt.

Die Kapitalbildung der BV hat zwei Quellen: Erstens den Rechnungssaldo (abhängig von der Beitragsentwicklung) und zweitens die Wertveränderungen der Finanzkapitalanlagen. Das macht die berufliche Vorsorge krisenanfällig.

Das viele Geld in der BV weckt aber auch Gelüste. Undurchsichtige Geschäfte von Pensionskassenverwaltungen und mangelnde Transparenz der Sammelstiftungen haben dem Ruf der beruflichen Vorsorge geschadet, aber - und das ist positiv - auch dazu geführt, dass mit der Strukturreform die Transparenz sowie die Kontroll- und Sanktionsmechanismen verbessert werden.

Frauen werden in der BV benachteiligt, darunter wegen dem versicherten Lohn: Wir fordern die Abschaffung des Koordinationsabzugs.

Die **ML-CSP** fordert Verbesserungen in folgenden Bereichen: Korruptionsbekämpfung, Sicherung der Kapitalien durch nachhaltige Anlagevorschriften, Stärkung der Rechte der Versicherten. Die Kostentransparenz (allgemeine Verwaltungskosten, Vermögensverwaltungskosten, Marketing- und Werbeaufwand) insbesondere bei Vorsorgeeinrichtungen, Anlagestiftungen und Unternehmen muss verbessert werden. Die Legal Quote, d.h. der Anteil der Gewinne, den die in der BV tätigen Lebensversicherer an ihre Versicherten zuweisen müssen, muss von 90% auf 98% erhöht werden.

Die höhere Lebenserwartung der Rentnerinnen und Rentner führt dazu, dass das angesparte Alterskapital für einen längeren Zeitraum reichen muss. Aus demselben Kapital müssen mehr Renten bezahlt werden. Der Umwandlungssatz muss einzig der demografischen Tatsache der längeren Lebenserwartung angepasst werden (1. BVG-Revision). Übrigens nimmt diese Lebenserwartung seit einigen Jahren nicht mehr z (in einigen Länder wie in den USA ist sie sogar eher rückläufig). Weitere Umwandlungssatz-Senkungen, welche den Versicherungsgesellschaften höhere Gewinne garantieren, lehnt die **ML-CSP** vehement ab.

Viele Einrichtungen werden in den nächsten Jahren nicht nur ihre Unterdeckung beseitigen, sondern auch ihre Reservepolster äufnen müssen. Es darf nicht sein, dass dabei nur einseitig die Versicherten zur Kasse gebeten werden. Die Vorsorgeeinrichtungen müssen von paritätischen Organe geführt werden. Arbeitnehmer wie Arbeitgeber müssen dazu beitragen, dass diese Vorsorgeeinrichtungen gut funktionieren.

Die **ML-CSP** begrüsst die Ausweitung des Versicherungsschutzes in der zweiten Säule. Sie entspricht einer langjährigen Forderung der **ML-CSP**. Allerdings verlangt die **ML-CSP**, dass mehrere Teilarbeitspensen kumuliert und das Total in der zweiten Säule versichert wird.

1.2.3 Die Invalidenversicherung muss die Arbeitgeber in die Pflicht nehmen

Damit die der Invalidenversicherung (IV)-Grundsätze „Eingliederung vor Rente“ und „Eingliederung aus Rente“ eine Chance haben, überhaupt realisiert zu werden, braucht es (Teilzeit)-Arbeitsstellen für Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen. Die

Arbeitgeber verhalten sich bei der Schaffung solcher Stellen äusserst zögerlich. Firmen ab 50 Angestellten müssen verpflichtet werden, 2% ihrer Arbeitsplätze für leistungsschwächere Menschen bereitzustellen (= Quoten) oder entsprechende Abgaben zu bezahlen (= Integrationsbeiträge), welche für eine rasche Wiedereingliederung dieser Menschen in den Arbeitsprozess eingesetzt werden können.

Die IV sollte den Schwerpunkt auf die Unterstützung der Jugendlichen sowie der Personen mit psychischem Handicap setzen.

Wir müssen mit den Sparmassnahmen in der IV aufhören. Die 10 Milliarden Franken-Schulden zugunsten der AHV müssen vom Bund getragen werden. Der Bund erzielt Jahr für Jahr Gewinne und sollte diese Last tragen, und nicht die EmpfängerInnen von IV-Massnahmen.

1.2.4 Arbeitslosenversicherung modernisieren

Eine starke, leistungsfähige ALV (Arbeitslosenversicherung) bietet in der Krise Gewähr für den sozialen Frieden. Für Stellensuchende hat die Arbeitslosenversicherung mitzuhelfen, dass sie durch aktive Massnahmen möglichst rasch wieder eine Stelle finden. Für Arbeitslose ohne Grundausbildung soll – wenn immer möglich - der Grundsatz gelten: Bildung vor schneller Integration. Die **ML-CSP** fordert, dass Unternehmen, welche mehr als 5% der Belegschaft in einem Jahr entlassen, in den folgenden zwei Jahren keinen Gewinn ausschütten dürfen.

1.2.5 Kein Abbau bei der Unfallversicherung

Die Unfallversicherung hat sich in der Vergangenheit sehr bewährt. Leistungskürzungen oder Umstrukturierungen bei der Unfallversicherung lehnt die **ML-CSP** ab.

1.3 Gesund sein

Gesundheit ist ein kostbares Gut. Der sorgfältige Umgang mit den persönlichen gesundheitlichen Ressourcen liegt in der Verantwortung jedes Einzelnen. Wir sind aber alle auf ein wirksames und bezahlbares Gesundheitswesen angewiesen. Was den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz betrifft, müssen die Arbeitgeber ihren Teil der Verantwortung wahrnehmen, darunter bei den psychosozialen Risiken und deren sehr schädlichen Auswirkungen. Das System der Unfallversicherung ist ein gutes Vorbild dafür.

Eine überregionale und interkantonale Spitalplanung sorgt für ausreichende regionale und lokale Angebote in der Spitalversorgung. Eine Auslagerung von Pflegeangeboten und Angeboten der Rehabilitation ins grenznahe Ausland lehnt die **ML-CSP** ab.

Generika und günstigere Medikamente aus Parallelimporten sind eine Möglichkeit, im Gesundheitswesen Kosten zu sparen. Im Krankenversicherungsgesetz KVG müssen Elemente zur Mengensteuerung, zur Kontrolle der Anzahl Leistungserbringungen und zur Eindämmung unnötiger Leistungen (Lifestylemedizin) eingeführt werden.

Unser Krankenkassensystem hat versagt: Prämien die stetig steigen, keine positive Effekte aus dem Wettbewerb unter den Krankenkassen, keinen grossen Einfluss des Staates auf die Kassen, deren Interessen mit grosser Hartnäckigkeit von der bürgerlichen Parteien vertreten werden. Wir fordern, dass das System neu von der Basis aufgebaut wird, in dem man den im Gesundheitswesen tätigen Fachpersonen mehr Gewicht und Gehör gewährt, und weniger

den wirtschaftlichen Akteuren. Die differenzierten Prämienregionen innerhalb eines gleichen Kanton müssen abgeschafft werden.

Die **ML-CSP** befürwortete weiterhin die Einführung einer Einheitskrankenkasse, wenn nötig auch auf kantonaler Ebene. Pilotprojekte von öffentlichen Krankenkassen müssen gefördert werden.

Für die unteren und mittleren Einkommensklassen sind die hohen Krankenkassenprämien zu einer finanziellen Belastung geworden. Bei der Prämienverbilligung gibt es grosse Unterschiede zwischen den Kantonen, zudem werden sie von den Kantonen nicht voll ausgeschöpft. Hier muss eine einheitliche Lösung gefunden werden.

Der Betrag, der pro Haushalt der Zahlung der Krankenkassenprämien gewidmet wird, sollte einen Monatslohn (8,3%) nicht überschreiten.

1.4 Familienpolitik

Für die **ML-CSP** sind zwei Grundsätze zentral: die Leistungen aller Familien anerkennen und die Familienarmut reduzieren.

Die von Familien erbrachten Leistungen sind für die Gesellschaft unverzichtbar und sollen auf eine angemessene Weise im Sinne eines Ausgleichs zwischen Haushalten ohne Kinder und Familien abgegolten werden. Familien sind heute in besonderem Mass von Armut betroffen. Das Recht der Kinder, in Würde aufwachsen zu können, ist damit gefährdet.

Steuerinstrumente müssen nicht als einzige Hebel der Familienpolitik betrachtet werden, egal was einige „Familienparteien“ darüber denken. Darüber hinaus sollten Familienzulagen (Kinder- und Ausbildungszulage) erhöht werden, da die Lebenshaltungskosten seit der letzten Anpassung der Beträge auf nationaler Ebene gestiegen sind.

Die **ML-CSP** unterstützt die Volksinitiative für 4 Wochen Vaterschaftsurlaub

2. Unsere Erde müssen wir schützen, jetzt mehr denn je

Die Dringlichkeit der Herausforderung durch den Klimawandel ist größer denn je. Die Zeit für kleine Massnahmen ist vorbei: Die **ML-CSP** verlangt einen echten Paradigmenwechsel.

2.1 Ökologie als Lösung

Die Forderung nach Nachhaltigkeit ist kein Hindernis für die Wirtschaft, sondern eine reelle Chance für innovative, zukunftsorientierte Unternehmen. Es ist notwendig, ressourcensparendes und umweltschonendes Wirtschaften stark zu fördern.

2.2 Klima

Die sich weltweit anbahnende Klimakatastrophe ist nicht das einzige durch fossile Energieträger verursachte Übel. Dieses Problem haben wir nicht erst im Jahr 2019 dank dem Engagement eines jungen Mädchens aus Schweden entdeckt.

Im Sommer macht uns das Ozon und im Winter der Feinstaub krank. Um dies zu verhindern, ist seit 1986 die Luftreinhalteverordnung in Kraft. Diese muss endlich konsequent umgesetzt werden. Die Luftverschmutzung verursacht in der Schweiz jährlich 3'700 Todesfälle und Folgekosten in Milliardenhöhe. Gegenmassnahmen sind längst bekannt.

Die CO₂-Emissionsgrenzwerte für Automobilfahrzeuge von 95 Gramm pro Km müssen ab 2020 umgesetzt werden. In gleicher Weise sollte die Abgase bis 2030 mindestens halbiert werden. Nur dank einer starken „Willenspolitik“ schaffen wir das.

Fahrzeuge sind nicht die einzigen, die die Verschmutzung auslösen. Flugzeuge, Gebäude und Industrie tragen diesem Problem völlig bei. Wir verlangen, dass Kerosin auch versteuert wird, und dass Flugtickets mit einer Sondersteuer betroffen werden. Das Gebäudeprogramm muss verstärkt werden, um eine schnellere Sanierung der Gebäude zu ermöglichen. Die Verschmutzung, die von der Industrie ausgelöst wird, müssen wir auch im Griff haben.

Damit die Bevölkerung diese neuen Abgaben besser akzeptiert, wollen wir, dass sie den EinwohnerInnen über die Krankenkassenversicherung rückerstattet werden, wie dies aktuell für die CO₂-Steuer bereits der Fall ist.

Für uns ist es unannehmbar, dass Schweizer Firmen sich mit gutem Gewissen ihre in der Schweiz übermässigen CO₂-Emissionen im Ausland kompensieren. Die Bilanz für den Ausgleich muss innerhalb unserer Landesgrenzen gestellt werden.

2.3 Energie

Die Energiezukunft der Schweiz der nächsten Jahrzehnte ist massgeblich von zwei Faktoren bestimmt: die Erschöpfung der Fossilenergien und die Klimaerwärmung. Beide zwingen uns, den Energieverbrauch zu drosseln.

2.3.1 Energie sparen

Das wirtschaftlich realisierbare Einsparpotenzial für den Gesamtverbrauch (Strom, Heizung, Transport) durch Effizienzsteigerungen in Haushalten, Produktionsstätten und Bürogebäuden ist erstaunlich hoch. Einsparungen von 20 bis 30% sind durchaus noch möglich, ohne Einbussen beim Komfort.

Die **ML-CSP** fordert, dass sich nationale, kommunale und kantonale Verwaltungen, sowie öffentliche Unternehmungen zu Pionieren im Energiesparen entwickeln und über ihre Einsparungen den Mitarbeitenden und der Bevölkerung Rechenschaft abgeben. Der Bund muss die Normen für Apparate, Maschinen und Fahrzeuge mit schlechter Energieeffizienz verschärfen, damit diese Erzeugnisse so schnell wie möglich aus dem Verkehr gezogen werden. Ein Gesetz soll die programmierte (absichtliche) Obsoleszenz (= Geräte steigen nach einer bestimmten Dauer aus) verbieten. Auf allen Ebenen sollten Zirkularwirtschaftsprozesse gefördert werden.

2.3.2 Beschleunigung beim Gebrauch von erneuerbaren Energien

Die **ML-CSP** fordert, dass bis im Jahr 2050 die verbleibende Energieversorgung ausschliesslich auf erneuerbaren Quellen basiert: Wasserkraft, Geothermie, Biomasse (Holz), Windkraft und Sonnenenergie (Wärme und Strom). Dieses doppelte Ziel ist durch die Kombination von Massnahmen der Energieeffizienz, der Einsparung und der Förderung von erneuerbaren Energien durchaus erreichbar. Alleine mit den heute bekannten Effizienztechnologien für Gebäude, elektronische Geräte, Autos und in der Industrie wäre eine Senkung des Energieverbrauches um 40% jährlich machbar.

2.3.3 Die Auswirkungen aus dem definiten Ausstieg aus der Kernenergie wahrnehmen

Trotz dem Entscheid unseres Landes, sich von der Kernenergie definitiv zu verabschieden – was die **ML-CSP** begrüsst, da sie dies seit ihrer Gründung als Partei forderte! – sind die Entsorgung der radioaktiven Abfälle sowie die Lagerungskosten für die bestehenden Atomkraftwerke (AKW) weiterhin ungelöste Probleme. Da wir uns bewusst sind, dass die langfristige Verlagerung der Abfälle eine für unsere Enkelkinder weder gangbare noch akzeptable Lösung darstellt, und dass eine Entsorgung ins Ausland gefährlich und unethisch ist, fordert die **ML-CSP**, dass das Konzept der geologischen Tiefverlagerung aufgegeben, und durch eine Oberflächenentsorgung ersetzt wird. Die dafür benötigten Mittel sollten von der aktuellen AKW-Betreibern zur Verfügung gestellt werden.

Die Atomenergie ist keine erneuerbare Energie. Die Uranreserven gehen 2075 zu Ende. Atomkraftwerke sind auch keine alternative Übergangslösung. Die Planung und den Bau von weiteren Atomkraftwerken lehnt die **ML-CSP** daher ab. Sie verlangt einen verbindlichen Termin für den Atomausstieg. Denn die Entsorgung der radioaktiven Abfälle und die Stilllegungskosten für die fünf Schweizer Atomkraftwerke sind nach wie vor ungelöst. Die **ML-CSP** stimmt einer Lösung für die Lagerung radioaktiver Abfälle erst zu, wenn der Ausstieg aus der Kernenergie unwiderruflich beschlossen ist. Transparenz beim Standortauswahlverfahren und demokratische Mitentscheidung müssen garantiert sein.

Schweizer Atom Müll im Ausland zu entsorgen ist unethisch. Wir haben diesen verursacht, wir müssen ihn sachgerecht lagern und entsorgen. Risikoreiche Abfälle ins Ausland zu verkaufen oder zu verschieben, ist verantwortungslos und löst keine Probleme.

2.4 Mobilität

Mobilität und Verkehr verbrauchen fast ein Drittel des jährlichen Bruttoenergieverbrauchs in der Schweiz. Es ist daher unerlässlich, die Energieabhängigkeit unseres Lands in diesem Bereich zu reduzieren.

Darüber hinaus ist es in Städten und Agglomerationen dringend erforderlich, die EinwohnerInnen durch eine grundsätzliche Reduzierung besser vor Belästigungen wie Lärm und Luftschadstoffemissionen zu schützen. Dazu kommen die von Fahrzeuge ausgelösten Probleme der Überlastung des öffentlichen Raums und der Überlastung des Strassennetzes, die nur durch eine sanfte Mobilität und den öffentlichen Verkehr in Verbindung mit einer Raumplanungspolitik und proaktiven Normen zur Parkraumreduzierung gelöst werden können.

Die **ML-CSP** setzt sich auch dafür ein, dass die vollständige Abwicklung und Instandhaltung des öffentlichen Verkehrs Vorrang vor dem Individualverkehr hat. In städtischen Gebieten muss der Bund ein Finanzhilfeprogramm auflegen, um einen schnellen Übergang von fossilen Traktionsmodi zu fossilenergiefreien Traktionsmodi zu ermöglichen. In den Zentren müssen Mautsysteme und Zonen mit Umweltzeichen eingeführt werden. Die CO₂-Emissionen müssen durch Anreizsteuern nach dem Verursacherprinzip deutlich reduziert werden.

Was den Langsamverkehr betrifft, so wird sich unsere Partei dafür engagieren, dass der im Jahr 2018 verabschiedete Verfassungsartikel über die Velowege rasch und ehrgeizig umgesetzt wird.

Schliesslich muss die Entwicklung autonomer Fahrzeuge so schnell wie möglich von einem antizipatorischen Rahmen und einer Gesetzgebung begleitet werden, die heute noch fehlen. Es ist wichtig, dass diese öffentlich oder gemeinsam genutzt werden und dass die private Nutzung autonomer Fahrzeuge die Ausnahme bleibt.

2.5 Natürliche Ressourcen

Die **ML-CSP** steht ein für die nachhaltige, verantwortungsbewusste Nutzung der natürlichen Ressourcen. Dazu gehört neben der Erhaltung der Artenvielfalt, der Schonung der Landschaft und dem Schutz der Wasser-, Luft- und Bodenqualität auch der haushälterische Umgang mit dem Boden. Die **ML-CSP** verlangt griffige Massnahmen, welche der schleichenden Zersiedlung und dem unsinnigen Standortwettbewerb zwischen den Kantonen und Gemeinden entgegenwirken.

Der ökologische Fussabdruck wird in der Schweiz so lange zu hoch bleiben, bis eine Mehrheit der Bevölkerung zur Einsicht gelangt, dass wir über unsere Verhältnisse (bzw. jenen unseres Planeten) leben und unsere Ansprüche umweltverträglicher leben müssen. Der einzige nachhaltige Ansatz ist, das Wachstum und unseren eigenen Verbrauch an Ressourcen zu beschränken.

Die **ML-CSP** stellt sich der Herausforderung, unsere postindustrielle, ressourcenverschwendende Lebensweise zu hinterfragen – Gesundschumpfung und qualitatives Wachstum sind für die **ML-CSP** keine leeren Schlagworte, sondern glaubhafte Alternativen zum blinden Wachstumsglauben.

2.5.1 Siedlungsflächen begrenzen

Die pro Person beanspruchte Siedlungsfläche steht in engem Zusammenhang mit unserem Wohlstand: je reicher eine Gesellschaft, desto grösser der Flächenverbrauch pro Person. Eine Trendwende ist kaum in Sicht. Ein fairer Finanzausgleich zwischen den Zentren und der Peripherie könnte dieser Dynamik entgegenwirken. Um der Zersiedelung in der Schweiz entgegenzuwirken, muss verdichtet gebaut werden, das neue Raumplanungsgesetz und die Zweitwohnungsinitiative umgesetzt und dauerhaft sichergestellt werden. Land, welches als

Bauland ausserhalb der Kernbauzone ausgeschieden wurde, soll in Freihaltezonen um- bzw. in die Landwirtschaftszone rückgezont werden. Industriezonen dürfen nur an auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbaren Verkehrsachsen geplant werden.

Die **ML-CSP** verlangt für die 5G-Technologie ein dreijähriges Moratorium, damit unabhängige wissenschaftliche Studien die Auswirkungen auf die Gesundheit und die Umwelt bewerten können.

Wo möglich sollten Hochspannungsnetze im Boden gelegt werden.

2.5.2 Wasser – ein Gut für alle

An einigen Orten wurde die Wasserversorgung von privaten Akteuren übernommen. Zudem gibt es auch in der Schweiz Unternehmen, die mit Wasserrechten, Flaschen- oder Quellwasser handeln. Sowohl Wasserversorgungssysteme als auch die Ressource Wasser selbst, befinden sich heute immer öfter in den Händen privater Unternehmer. Wasser ist jedoch ein allgemeines Gut und darf nicht privatisiert werden. Die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser, die Verteilung des Wassers auf die verschiedenen Nachfrager, aber auch die fachgerechte Abwasserreinigung dürfen nicht an Private delegiert werden.

2.6 Die Lebenden schützen

Die **ML-CSP** fordert, dass Brevet über Lebewesen verboten werden, und dass für die Umwelt schädlichen Stoffe, darunter phytosanitärischen Stoffe, nicht mehr angewendet sein dürfen.

Wir verlangen eine Umkehrung des Beweislasts für die Einführung neuer Produkte. Firmen, die diese vorschlagen, sollte beweisen, dass diese Produkte für Lebende und Umwelt nicht schädlich sind.

3. Lebensperspektiven – Lernen und Arbeiten

3.1 *Eine Volksschule für alle*

Damit Kinder sich optimal entwickeln können und Chancengleichheit kein leeres Wort bleibt, brauchen sie eine ganzheitliche und individuelle Förderung. Wichtig ist dabei eine gut geplante Frühförderung. So können Chancen und Defizite früh erkannt und optimal gefördert werden. Ganzheitliche Förderung und gezielte Entwicklung gelingen nur, wenn diese im Frühkindesalter einsetzen. Eine Grund-/Basisstufe für alle Kinder ab dem 4. Lebensjahr sichert einen optimalen Spracherwerb und verringert Defizite in Motorik und sozialer Entwicklung.

Eine qualitativ hochstehende Volksschule sichert für alle Kinder eine Grundbildung. Hier werden die Grundlagen und die Motivation für lebenslanges Lernen gelegt. Diese Schule soll integrativ sein und Kinder/Jugendliche aus allen Gesellschaftsschichten und mit verschiedenen Lernfähigkeiten zusammenführen. Pädagogische Unterstützungshilfen um diese Integration zu ermöglichen sollen in genügendem Ausmass bereitgestellt werden.

Eine harmonisierte Schulbildung unter der Hoheit des Bundes sichert vergleichbare Angebote und Rahmenbedingungen für alle Kinder. Die Harmonisierung betrifft die Bildungsziele, nicht aber die Methodik und Didaktik. Dafür sind die LehrerInnen verantwortlich. Der Übertritt von der Primarschule an eine weiterführende Schule der Oberstufe ist landesweit zu harmonisieren und erfolgt unter gleichen Bedingungen.

Zur Chancengleichheit tragen auch eine flächendeckende Einführung von Tagesschulen, sowie die Schaffung von schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen bei. Diese Einrichtungen sichern die optimale Betreuung aller Kinder auch ausserhalb der Unterrichtszeiten. Die **ML-CSP** fordert, dass diese Betreuung durch gut ausgebildete und erfahrene Fachpersonen erfolgt.

3.2 *Berufsbildung – Lehrstellen sichern den Einstieg in die Berufswelt*

Investitionen in die Berufsbildung müssen gefördert und sichergestellt werden. Die **ML-CSP** setzt sich dafür ein, dass diese wichtige staatliche Aufgabe nicht sinnlosen Sparmassnahmen zum Opfer fällt.

Rund zwei Drittel der Jugendlichen in der Schweiz finden ihren beruflichen Einstieg über die Lehre. Die Berufslehre ist eine an die Bedürfnisse der Wirtschaft angepasste Ausbildung. Sie bietet einen ausgezeichneten Zugang zum Arbeitsmarkt und soll diesen Stellenwert weiterhin behalten.

Auch wenn die Zahl der Lehrstellensuchenden abnimmt, bleiben zwei Probleme bestehen: Einerseits werden es die Jugendlichen mit schulischen, sozialen und sprachlichen Problemen schwer haben, eine Lehrstelle zu finden. Andererseits sind ausländische Jugendliche weiterhin Diskriminierungen ausgesetzt. Eine fehlende Ausbildung führt bei den Jugendlichen zu Gefühlen des Versagens. Die Folgen davon verursachen hohe soziale Kosten. Jugendliche, welche nach der obligatorischen Schulzeit keine Lehrstelle finden, brauchen Brückenangebote (10. Schuljahre) oder Praktikumsstellen. Mit individuellem Job-Management sind hier gute Ansätze gefunden worden, welche sich weiter ausbauen lassen.

Um die Berufslehre für möglichst viele Jugendliche offen zu halten, soll die Attestausbildung (EBA) für Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen ausgebaut werden.

Um die Zahl der Lehrstellen zu erhöhen, ist es notwendig, dass Betriebe, welche Lehrlinge ausbilden, bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen bevorzugt behandelt werden. Die Beschaffungsreglemente sind dahingehend anzupassen. Mit dem Zusammenschluss von Lehrbetrieben zu Lehrstellenverbänden können Synergien genutzt und Kosten gespart werden.

3.3 Sichere Arbeitsplätze

Die Erwerbsarbeit bildet die Existenzgrundlage für den einzelnen Menschen und seine Angehörigen. Sie bedeutet auch, dass er am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann. Menschen im erwerbsfähigen Alter ohne Arbeit sind an den Rand gedrängt und verlieren rasch den Anschluss an unsere Gesellschaft und die Arbeitswelt. Für die **ML-CSP** ist das Recht auf Arbeit ein Grundrecht. Sie setzt sich ein für den Ausbau von Massnahmen für benachteiligte Gruppen auf dem Arbeitsmarkt wie Jugendliche, Frauen, Späteinsteiger, ältere Arbeitnehmende und Langzeitarbeitslose.

Die soziale Marktwirtschaft beinhaltet auch den Grundsatz, wonach sich Arbeit lohnt und die Arbeitnehmenden am Erfolg ihrer Unternehmung partizipieren können. Wir fordern Rahmenbestimmungen, die eine Beteiligung der Arbeitnehmenden an den Gewinnen und Investitionen erleichtern. Ausserdem sollen Arbeitnehmende durch Information, Konsultation und Mitwirkung in die Entscheidungsprozesse der Unternehmen eingebunden werden.

Die **ML-CSP** fördert eine Arbeitsplatzentwicklung, welche auf den Prinzipien der Nachhaltigkeit, der Sozialpartnerschaft und der Familienverträglichkeit beruht. Unsere Arbeitswelt braucht vielfältige Arbeitsplätze für Menschen mit unterschiedlichen Qualifikationen.

Die **ML-CSP** steht zu KMUs, welche den Menschen und nicht das Kapital in den Mittelpunkt stellen. Denn diese sind die wahren Stützen unserer Volkswirtschaft. Wir fordern Unterstützungsmassnahmen und den Abbau unnötiger administrativer Schranken für kleine und mittlere Unternehmen und für Unternehmensgründungen.

3.4 Gerechte Löhne

Wer arbeitet, der soll dafür einen fairen Lohn erhalten. Die **ML-CSP** fordert die Festlegung von existenzsichernden, orts-, berufs- und branchenüblichen Mindestlöhnen in Gesamtarbeitsverträgen und griffige Massnahmen zur Kontrolle und Durchsetzung deren Einhaltung.

Wo die Sozialpartnerschaft nicht zu funktionieren scheint, oder noch nicht besteht, muss der Staat handeln, indem kantonale Mindestlöhne eingeführt werden, wie es in einigen Kantonen bereits geschieht.

Es gibt noch immer grosse Ungerechtigkeiten bei den Löhnen zwischen den Geschlechtern. Männer verdienen im privaten Sektor durchschnittlich monatlich rund 20% mehr als Frauen, darunter ist ein unerklärter Teil von 8,4%, einer Diskriminierung gleichzustellen. Die Bestimmungen im neuen Gleichstellungsgesetz geht nicht weit genug, da es nur für Firmen ab 100 Angestellten gilt und vor allem keine Sanktionen vorsieht. Unternehmen, die die Verfassung nicht respektieren, sollten stark bestraft werden, und es brauche eine Art

„schwarzer Liste“, die die schlechten Beispiele anprangert (wie es jetzt schon der Fall für die Schwarzarbeit ist).

Der grösste Teil der unbezahlten Arbeit (Haus-, Familien- und Freiwilligenarbeit) wird nach wie vor von Frauen geleistet. Obwohl zahlreiche Kampagnen und Vorstösse einiges bewirkt haben, ist es bis zur gerechten Verteilung von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit noch ein weiter Weg. Es braucht flächendeckende familien- und schulergänzende Betreuungsstrukturen.

Die Abzockermentalität einiger Manager rüttelt am Fundament der Sozialen Marktwirtschaft und erschüttert die hohe Arbeitsmoral der Arbeitnehmenden. Die **ML-CSP** unterstützt die Forderung, wonach den Managerlöhnen Grenzen zu setzen sind. Die vom Volk angenommene Minderinitiative ist ein Schritt dazu.

3.5 Weiterbildung und höhere Bildung für alle

Die Schweiz braucht ein Weiterbildungsgesetz. Viele gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungsprozesse – wie die Digitalisierung – können nur bewältigt werden, wenn das lebenslange Lernen für alle möglich wird. Primäres Ziel des Weiterbildungsgesetzes muss es deshalb sein, den Zugang zur Weiterbildung für all jene zu verbessern, die heute von der Weiterbildung ausgeschlossen sind. Studierende der Höheren Berufsbildung bezahlen heute z.T. weit mehr Studiengebühren als die Studenten an den Hochschulen. Damit diese Studiengänge effektiv für alle Interessierten zugänglich werden, muss diese finanzielle Benachteiligung reduziert werden.

Die Schweizerische Hochschullandschaft ist besser zu koordinieren. Die **ML-CSP** setzt sich dafür ein, dass für die Hochschulförderung einfachere, transparentere Strukturen gefunden werden.

Trotz steigender Studentenzahlen nehmen die für Stipendien zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel ab. Der Zugang zu den Hochschulen wird für weniger Bemittelte immer schwieriger. Diesem Trend muss begegnet werden. Ausserdem ist das Stipendienwesen zu vereinheitlichen: nicht der Herkunftskanton eines Studierenden, sondern die effektiven Kosten des Studiums sollen für die Höhe der Stipendien ausschlaggebend sein.

4. Wege in die Zukunft

4.1 Gerechte Steuern

Die Schweizer Steuerpolitik der letzten 25 Jahre stand im Zeichen der Steuersenkungen. Die bürgerlichen Parteien haben bei Bund, Kantonen und Gemeinden unzählige Vorstösse eingereicht mit dem Ziel, die progressiven direkten Steuern zu senken und die Staatseinnahmen vermehrt durch degressiv wirkende, indirekte Steuern und Gebühren zu bestreiten. Daraus ergab sich eine Umverteilung zu Ungunsten der unteren und mittleren Einkommen. Begründet wurden die Steuersenkungsmassnahmen damit, dass diese aufgrund eines internationalen und nationalen Steuerwettbewerbs unausweichlich seien. Doch Steuersenkungen schaffen nicht nur keine neuen Arbeitsplätze, sie verschärfen im Gegenteil wirtschaftliche und soziale Widersprüche. In den kommenden Jahren wird es darum gehen, diesen Trend, tiefe Einkommen stärker und hohe Einkommen schwächer zu belasten, zu brechen.

4.1.1 Kein exzessiver Steuerwettbewerb der Kantone

Wir lehnen den von verschiedenen Kantonen lancierten Steuerwettbewerb ab. Auch wenn einzelne Kantone dadurch kurzfristig profitieren, werden dem Staat auf diese Weise mittel- und langfristig die nötigen Mittel entzogen. Ein wirksamer Ansatzpunkt ist die Beschränkung des Steuerföderalismus. Das Steuerdumping durch kantonalen Steuerwettbewerb ist durch eine nationale Regelung einzudämmen – etwa durch Steuerfussuntergrenzen. Steuersenkungen für Reiche in Kantonen, welche vom Finanzausgleich massiv profitieren sind moralisch nicht haltbar. Die Ausfälle an Einnahmen bei Bund und Kantonen aus der vorgesehenen Unternehmenssteuerreform sollten durch andere Steuern, z.B. auf Finanztransaktionen oder Wertschriftengewinnen, kompensiert werden. Die Steuerreform 17 muss jetzt angenommen und umgesetzt werden müssen, damit unehrliche Steuersysteme verboten werden. Sie muss aber mit der Zusatzfinanzierung für die AHV (durch das „StaF-Paket“), und vor allem mit wahren sozialen Kompensationsmassnahmen in den Kantonen gekoppelt werden. Allgemeine Steuersenkungen müssen unbedingt vermieden werden.

4.1.2 Zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung

Die **ML-CSP** setzt sich für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung ein, da nur diese der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung trägt und auf die Gleichstellung von Frau und Mann eine klare Antwort gibt. Die „Heiratsstrafe“ muss endgültig der Vergangenheit angehören.

4.2 Grundversorgung für alle

Die Versorgung der Bevölkerung mit den grundlegenden Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs (Bildung, Wasser- und Energieversorgung, Abfall- und Abwasserentsorgung, öffentlicher und privater Verkehr, Post- und Fernmeldewesen sowie Gesundheit) ist ein „Service public“, der prinzipiell durch die öffentliche Hand sicherzustellen ist.

Eine moderne, flächendeckende und zu vergleichbaren Preisen verfügbare Infrastruktur zählt zu den grössten Standortvorteilen eines Landes. Das gilt auch für die Schweiz, deren Grundversorgung als sehr gut gilt. Hier dürfen keine Abstriche gemacht werden.

Die Grundversorgung darf insbesondere nicht durch Privatisierungsgewinne aufs Spiel gesetzt werden. Dort wo Marktöffnungen gemacht worden sind, müssen Monopolgewinne durch Private verhindert werden. Im Grundsatz gilt: ein Ausverkauf der Schweiz an Private darf nicht stattfinden.

4.3 Innere Sicherheit

Eng mit der persönlichen Sicherheit verbunden ist die Innere Sicherheit der Schweiz. Es ist eine Kernaufgabe des Staates, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Dazu sind ausreichende finanzielle Mittel (insbesondere der Kantone) bereit zu stellen, um die Ordnungskräfte ausreichend personell und materiell zu bestücken. Private Grossveranstaltungen (wie Sportveranstaltungen oder das WEF) haben sich an den entstehenden ausserordentlichen Kosten zu beteiligen.

Neben den klassischen ordnungspolizeilichen Massnahmen ist aber auch in diesem Bereich der Prävention, speziell der Cyberkriminalität, erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Der Staat soll hier ähnliche Präventionskampagnen wie im Gesundheitswesen starten.

4.4 Stärkere Institutionen für eine lebendigere Demokratie

Die politische Vielfalt ist eine Quelle des Reichtums für die Entwicklung neuer Ideen und die bestmögliche Vertretung der verschiedenen Kategorien der Bevölkerung unseres Landes.

Das Interesse an öffentlichen Angelegenheiten, insbesondere bei jungen Menschen und Frauen, muss mit innovativen Mitteln gefördert werden. Die Beteiligung junger Menschen - und auch bei älteren Menschen - muss gefördert werden, damit sie die Möglichkeit haben, Projekte durchzuführen, die ihnen einen Einsatz ermöglichen.

Die Verwaltung muss den BürgerInnen nahe, rational und effizient sein, insbesondere auch für Menschen, die nicht alle Regelwerke ihrer Organisation kennen.

Nur ein ausgewogenes politisches System in Bezug auf seine Finanzierung ist nachhaltig und unterstützt unsere Demokratie. Es ist inakzeptabel, dass unser Land bei der Transparenz der politischen Finanzierung so weit im Rückstand ist. Die ML-CSP unterstützt die Bundesinitiative "Für mehr Transparenz bei der Finanzierung der Politik". Wir hoffen, dass das in unserem Kanton bewährte System der finanziellen Unterstützung politischer Parteien auf den Rest des Landes ausgedehnt wird.

Die dem Bund angehörenden Unternehmen müssen ein Beispiel für die Sozialpartnerschaft geben, weshalb unsere Partei von ihnen verlangt, dass sie einen Gesamtarbeitsvertrag mit einer oder mehreren Gewerkschaften abschließen.

5. Frieden und gemeinsame Existenz

5.1 *Beziehungen zur Europäischen Union*

Die Schweiz ist nicht nur auf hoch spezialisierte Fachkräfte, sondern auch auf Arbeitende angewiesen, welche einfachere Arbeiten verrichten. Eine langfristige Bewilligungspraxis mit mehrjährigen Arbeitsbewilligungen für Nicht-EU-BürgerInnen und bringt Menschen, welche hier arbeiten, die nötige Sicherheit und fördert die Integration.

Die Beziehungen zur Europäischen Union durch die bilateralen Abkommen sind sehr wichtig für unser Land. Wir sind uns der Notwendigkeit bewusst, unsere Beziehungen zur Europäischen Union aufrechtzuerhalten. In diesem Sinne ist das institutionelle Rahmenabkommen ein Ausgangspunkt, den wir unterstützen. Das Rahmenabkommen muss mit nationalen Massnahmen zum Schutz der Arbeitnehmerrechte in unserem Land einhergehen. Insbesondere die Behörden von Bund und Kantonen sowie die Wirtschaft, die von den positiven Auswirkungen der institutionellen Vereinbarung stark profitieren werden, müssen folgende Garantien geben:

- 1) Klärung mit der EU, dass gemeinsame Kontrollen weiterhin möglich sind;
- 2) weite Auslegung der drei durch die institutionelle Vereinbarung garantierten Begleitmassnahmen;
- 3) eine grössere Abdeckung durch Gesamtarbeitsverträge (GAV), weil es inakzeptabel ist, dass nur 52% der Arbeitnehmer einem GAV unterstellt sind;
- 4) Vereinfachung und Senkung der Schwellenwerte für die Meldepflicht von GAV;
- 5) Erhöhung der Anzahl der GAV mit Mindestlöhnen (Verhandlungspflicht);
6. höhere Geldbussen zur Erhöhung der Abschreckung;
- 7) Deutlicher Anstieg der Zahl der Arbeitsinspektoren (oder Verallgemeinerung der gemeinsamen Inspektion von Unternehmen wie im Kanton Genf);
- 8) Verbesserte Rechenschaftspflicht der Mandatsträger.

Diese Massnahmen sind die Voraussetzung dafür, dass unsere Partei das Rahmenabkommen unterstützt. Sie müssen zum Zeitpunkt des Erlasses des Rahmenabkommens in Kraft sein. Sie sind von wesentlicher Bedeutung, insbesondere im Hinblick auf die Aussicht auf eine Volksabstimmung.

Diese Massnahmen, Kontrollen und Sanktionen werden den Schutz der Arbeitnehmer erweitern und verstärken und sicherstellen, dass ausländische Unternehmen, die in der Schweiz tätig sind, kein Lohndumping betreiben können, sondern tatsächlich den üblichen Lohn zahlen müssen.

5.2 *Migration und Integration*

Menschen, die in unser Land kommen, sind oft mit unbekanntem Alltagssituationen konfrontiert. Um ein rasches Einleben zu ermöglichen, sollen die Neuzugezogenen durch bereits länger ansässige Landsleute (sog. Schlüsselpersonen) unterstützt werden. Um die verlangte Integration zu erreichen, müssen alle Beteiligten bereit sein, dabei mitzuhelfen und sich auf diesen Prozess einlassen.

Die **ML-CSP** verlangt, dass der Bund nicht nur Fördergelder für den Spracherwerb spricht, sondern dass auch Projekte im Bereich des Zusammenlebens unterschiedlicher Kulturen unterstützt werden.

Für alle Menschen, welche in der Schweiz wohnen, gilt die Staatsordnung der Schweiz und die damit verbundenen Einhaltung der Menschenrechte. Traditionen, welche dieser Ordnung widersprechen (Ehrenmorde, Zwangsverheiratungen, Frauenbeschneidungen etc.) können hier nicht gelebt werden.

5.3 Glaubensfreiheit, Extremismus und Fundamentalismus

In einem demokratischen und zivilgesellschaftlichen Gemeinwesen kommt der kulturellen Vielfalt heute eine zentrale Bedeutung zu. Extremismus, Rassismus und Fundamentalismus sollen in einer liberalen und sozial verantwortlichen Zivilgesellschaft keine Chance haben.

Terroranschläge und Berichte über weltweit agierende fundamentalistische Netzwerke verunsichern uns. Dies darf aber nicht dazu führen, dass Personengruppen vorverurteilt und ausgegrenzt werden. Zwischen dem Islam als Religion und dem Islamismus als Ideologie muss klar unterschieden werden. Menschen, welche das Bedürfnis haben, ihren Glauben zu leben, haben das Recht, dies auf würdevolle Art zu tun. Friedhöfe und Gebetsräume sollen in der Form ausgestaltet sein, wie es den unterschiedlichen Glaubensgruppen für eine religiöse Ausübung ihres Glaubens richtig und würdig erscheint.

Die **ML-CSP** unterstützt Anliegen und Projekte, die den interreligiösen Dialog und die Zusammenarbeit unter den Religionen fördern. Wir lehnen Vorschläge, die das Tragen religiöser Zeichen verbieten wollen, darunter die Burqa-Verbotsinitiative, ab.

5.4 Einsatz für den Frieden

Im Jahr 2018 wurden weltweit fast 1800 Milliarden Dollar für Rüstung und Militär ausgegeben (2,5% BIP weltweit). Mit einem Bruchteil dieser Summe (laut Weltbank „nur“ 40 bis 60 Milliarden Dollar, d.h. 3% dieser Ausgaben) könnten die Millenniums-Ziele der UNO erreicht und die Armut auf der Welt halbiert werden.

Die Schweiz muss ihre Rolle als Hüterin der Genfer Konventionen als Auftrag verstehen und die Neutralität als Chance wahrnehmen, sich international für die gewaltfreie Konfliktbearbeitung und für eine umweltverträgliche und gerechte Verteilung der natürlichen Ressourcen einzusetzen.

Das Engagement der Schweiz zugunsten von zivilen Lösungen von Gewaltkonflikten muss durch eine aktive Diplomatie, durch den Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit, durch die Schaffung eines freiwilligen Friedens- und Sozialdienstes und durch den Verzicht auf Rüstungsexporte materialisiert werden.

Die **ML-CSP** hat sich stets für ein Verbot von Waffenexporten eingesetzt und unterstützt die zu diesem Zweck eingeleitete neue Initiative. Sie forderte, dass die Waffen im Arsenal und nicht zu Hause platziert werden sollten, und äußerte sich skeptisch über den Kauf neuer Jagdflugzeuge. Die **ML-CSP** steht dem bewaffneten Einsatz vom Militärpersonal im Ausland sehr kritisch gegenüber.

Die **ML-CSP** fordert eine echte Wahl in Bezug auf den obligatorischen Dienst für alle, ohne finanzielle oder andere Sanktionen, die von Parteien verteidigt werden, die behaupten,

"liberal" zu sein. Jede/r EinwohnerIn muss frei wählen zwischen Militär- oder Zivildienst oder Zivilschutz, um zum Gemeinwohl beizutragen.

5.5 Weltansicht

Eine Milliarde Menschen leben in extremer Armut, das heisst sie müssen mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen. Die UNO hat 2016 als Antwort darauf die Millenniumsziele formuliert und will bis 2020 die Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben, halbieren und jährlich 3'500 Milliarden Dollars während 15 Jahren dafür einsetzen.

Terroristische Aktivitäten in verschiedenen Ländern der Welt beeinträchtigen auch unser Sicherheitsgefühl. Wir wissen aber auch, dass Armut und Perspektivlosigkeit der Sumpf sind, in dem Terror und Fundamentalismus ihren Nährboden finden. Unsere Unterstützung für die Armutsländer ist deshalb eine Investition in die eigene Sicherheit und in unserem Interesse.

Wo Menschen Hunger leiden, suchen sie den Weg zu besseren Existenzmöglichkeiten. Die Unterstützung des wirtschaftlichen Aufbaus in den Ländern des Südens ist mittelfristig die beste Migrationspolitik.

Krankheiten und Epidemien machen nicht an Landes- und Kontinentgrenzen Halt. Die Unterstützung der Länder des Südens beim Aufbau einer guten Gesundheitsversorgung ist deshalb eine Investition in das eigene Gesundheitssystem. Von der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder des Südens profitiert die Schweiz als Exportland. Entwicklungszusammenarbeit ist mittelfristig auch eine Investition in die eigenen Exportchancen. Entwicklungshilfe lohnt sich, wie das Beispiel Indien zeigt.

Die **ML-CSP** setzt sich dafür ein, dass die öffentliche Entwicklungshilfe verstärkt und von heute 0,5% (ca. 3 Milliarden Franken im Jahr 2017) auf das Niveau von 0,7% des Bruttoinlandproduktes erhöht wird.

5.6 Sterben in Würde

Die Entwicklung des medizinischen Wissens hat den Menschen viel Gutes gebracht. Heute können bei uns sehr viele Krankheiten und schwerste Verletzungen geheilt werden. Gerade durch die vielen Möglichkeiten der Lebenserhaltung müssen am Ende eines Lebens oft auch schwierige Entscheidungen gefällt werden. So stehen mehr als die Hälfte der Todesfälle in der Schweiz im Zusammenhang mit dem Abbruch einer medizinischen Behandlung. Wann sollen wir einen Menschen sterben lassen? Sollen wir einen Menschen aus der Unerträglichkeit seines Leidens erlösen? Oder verpflichten uns die Gebote des Lebensschutzes und der Fürsorge, jemanden vor endgültigen Entscheidungen zu bewahren, auch gegen seinen Willen? Für die **ML-CSP** stehen die Sterbenden selbst, ihre Angehörigen und all jene, welche Sterbende begleiten im Mittelpunkt der Überlegungen. Ein würdevoller und gesellschaftlich verantwortungsvoller Umgang mit sterbenden Menschen bedingt:

- Dass eine menschlich und medizinisch sorgfältige Begleitung von sterbenskranken Menschen gewährleistet ist.
- Eine rasche Verwirklichung des Ausbaus der Palliative Care im ambulanten und stationären Bereich
- Eine Reglementierung der organisierten Suizidhilfe, diese muss von einer behördlichen Bewilligung abhängig gemacht werden